

Die Besuche von Oberseechinesen in China gingen dagegen um 13,8% gegenüber 1979 zurück; 694.683 kamen 1980 nach China. Die Mehrheit hiervon waren Chinesen aus Hongkong und Macao, nämlich 590.000. Diese Besuchergruppe ging um 21,5% zurück. Die anderen Gruppen verzeichneten Zuwächse.

In Ausweitung eines bloßen Besichtigungsprogramms dehnte das chinesische Reisebüro die Angebote weiter aus. Die Touristen können in China jetzt Bergsteigen, auf die Jagd gehen, Bootfahren, Angeln, Eis- und Skilaufen und Fahrradtouren unternehmen. Medizin-Tourismus war eine neue Attraktion. Touristen mit chronischen Krankheiten konnten sich in Krankenhäusern und Sanatorien behandeln lassen. Die Reiseagenturen organisierten ebenfalls einen Koch-Tourismus, um chinesisches Kochen zu lernen.

Zusätzlich gab es in diesen Zahlen nicht erfaßte Besucher, die über den China Youth Travels Service nach China kamen (CEN, 23.2.81).

-ga-

(49) 550 Mio.US\$-Darlehen des IWF an China

China erhält ein Darlehen von 550 Mio.US\$ vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese Summe, mit der China seine "Reservetranche" beim IWF ausnutzt, ist bereits ausgezahlt worden. Im letzten November nahm China 266 Mio., im Januar 183 Mio. und im Februar den restlichen Anteil in Anspruch. Ursprünglich hatte man mit einem höheren Darlehen in Höhe von 845 Mio.US\$ gerechnet. Damit hätte China auch auf seine erste Kredittranche zurückgreifen müssen.

Chinas Quote (oder Subskription) beim IWF ist gegenwärtig mit 1,8 Mrd. Sonderziehungsrechten - der Gegenwert ist rd. 2,2 Mrd.US\$ - die größte irgendeines Entwicklungslandes beim Washingtoner Finanzinstitut.

Parallel wird dazu vermutlich die Weltbank ebenfalls ihren ersten Kredit an China geben. Er soll vermutlich für technische Bildungsprojekte auf Universitätsebene eingesetzt werden. Nach Aussagen vom Weltbankpräsidenten McNamara rechnet die Bank damit, daß China im Rechnungsjahr, das Mitte 1982 enden wird, insgesamt Kredite in Höhe von 600 Mio.US\$ von der Bank und ihrer Tochteragentur, der Internationalen Entwicklungsagentur, erhalten wird. Weiter in die Zukunft reichende Berechnungen der Weltbank könnten ein chinesisches Kreditvolumen von rd. 1 Mrd.US\$ in dem Mitte 1983 beginnenden Jahr und 1,8 Mrd.US\$ ab Mitte 1984 beinhalten.

"Eine inoffizielle Untersuchung der Projekte und die Fähigkeit der chinesischen Institutionen zeigen an, daß ein Darlehensprogramm in der Größenordnung von 10 Mrd.US\$ während der nächsten fünf Jahre machbar sein könnte und, gemessen an den Aktivitäten der Banken, in anderen großen Ländern auch nicht aus dem Rahmen fallen wird," verlautbarte McNamara. (HWSJ, 26.2.1981, 4.3.1981)

-ga-

WIRTSCHAFT

(50) Weitere Zahlenangaben über wirtschaftliche Leistungen 1980

Neben den bereits im Januar veröffentlichten Produktionszahlen für die chinesische Industrie (C.a., Januar 1981, 0 69) werden inzwischen weitere Angaben über die Leistungen des

Jahres 1980 veröffentlicht. Zunächst ist jedoch auf einen Übertragungsfehler in der zitierten Übersicht im Januar-Heft von CHINA aktuell hinzuweisen. Die dort veröffentlichte Ziffer für Energieerzeugung bezieht sich auf die Elektroenergieerzeugung. Diese konnte in der Tat ein Wachstum um 5,4%, wie dort angegeben ist, verzeichnen. Die Gesamtenergieerzeugung Chinas mußte jedoch einen Rückgang von 2,9% i.J. 1980 hinnehmen. Um dennoch sein wirtschaftliches Wachstum erreichen zu können, mußte sich die Volksrepublik auf einen Minderverbrauch von Energie einstellen. Insgesamt konnte man im vergangenen Jahr 35 Mio.t Standardsteinkohleeinheiten (SKE) weniger verbrauchen. 22 Mio.t dieser Einsparungen resultieren aus Kürzungen des schwerindustriellen Produktionsvolumens, 13 Mio.t aus wirklichen Einsparmaßnahmen durch besseren Einsatz der Energie. Bezieht man diese 13 Mio.t auf die Gesamtenergieerzeugung Chinas i.J. 1979 von 630 Mio., so ergibt sich eine verbesserte Nutzung von 2%.

Die Getreideerzeugung für 1980 wird jetzt mit rund 316 Mio.t angegeben, also 16 Mio.t weniger als 1980. Bei der Baumwollernte wurde die bislang beste Ernte der Volksrepublik verkündigt, nämlich 2,6 Mio.t. Das sind knapp 20% mehr als 1979. Bei Ölfrüchten wurde eine Steigerung von 11,4% und bei Zuckerrohr und Zuckerrüben eine Steigerung von 12% erreicht. In bezug auf die Lebenshaltung der Bevölkerung wurde für 1980 ein vermutetes Pro-Kopf-Einkommen der Bauern von 170 Yuan pro Jahr angegeben. Das sei gegenüber 1970, als das Pro-Kopf-Einkommen 117 Yuan betragen habe, eine jährliche Wachstumsrate von 17,7 Yuan in den letzten drei Jahren. Insgesamt erzielten die chinesischen Bauern einen Gesamtnettogewinn von 25,8 Mrd.Yuan. In den Städten stieg das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeiter auf 781 Yuan für 1980 an. 1979 hatte es nach Angaben des Statistischen Zentralamtes 705 Yuan pro Kopf betragen, 1977 nur 602 Yuan. 1980 wurden 7 Millionen Arbeitslose in neue Stellen vermittelt. 1977 und 1978 hatte diese Zahl zusammen 10,6 Millionen betragen, 1979 9 Millionen.

Im vergangenen Jahr wurden in China 78 Mio.qm an Wohnfläche neu gebaut. Dies sind 15 Mio.qm mehr als 1979.

In seiner Rede vor der Tagung des Nationalen Volkskongresses gab Yao Yilin einen Anstieg der gesamten städtischen und ländlichen Kaufkraft von über 30 Mrd.Yuan i.J. 1980 an. Der gesamte Einzelhandel i.J. 1980 kam auf die Summe von 207,1 Mrd.Yuan, 31,9 Mrd.Yuan mehr als 1979. Dies machte einen Nominalanstieg von 18,2% oder einen preisbereinigten Anstieg von 11% aus (XNA, 6.2.81 und 28.2.81).

-ga-

(51) 1980 sind sechzig Großprojekte fertiggestellt worden

Nach Angaben der Staatskommission für Investitionsplanung wurden 1980 in China sechzig Groß- und mittelgroße Projekte und 130 Einzelprojekte fertiggestellt. Diese hätten dazu beigetragen, Schwachpunkte der chinesischen Wirtschaft bei Energie, Baumaterialien, Fernmeldewesen, Leicht- und Textilindustrie zu bekämpfen. Durch Fertigstellung der neuen Projekte wurden 2,48 Mio.kW Elektrizitätserzeugungskapazität, 1,5 Mio.t Zementkapazität und 86.000 t Zuckerproduktionskapazität fertiggestellt. Kohlebergwerke erweiterten ihre Jahreskapazität um 7,29 Mio.t. Neue Ölbohrungen wurden in Hua-bei, Dating, Shengli, Liaohe, Karamay und Changding vorgenommen. 910 km neuer Eisenbahnlinien wurden fertiggestellt. Das Frachtaufkommen in Chinas Häfen erhöhte sich um 6,825 Mio.t (XNA, 22.2.81).

-ga-

(52) Oberangebot an normalen Werkzeugmaschinen

Nach einem Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur XNA gibt es gegenwärtig in China 2,68 Mio. Werkzeugmaschinen. 90% hiervon sind allerdings nur normale Werkzeugmaschinen. Obwohl schon eine i.J. 1978 zusammengetretenen Konferenz der Direktoren der Maschinenbüros die Notwendigkeit hervorgehoben haben, die Struktur der Maschinenbauindustrie zu ändern, mehr Hochpräzisions- und hochleistungsfähige Maschinen herzustellen, gleichzeitig die Standardisierung und serienmäßige Fertigung der Werkzeugmaschinen voranzutreiben, ist dieser Politik nicht entsprochen worden. Im Gegenteil haben sich in den letzten Jahren wieder die Produktionszahlen für normale Werkzeugmaschinen erhöht. Viele nicht ausgelastete Werkzeugmaschinenfabriken hatten eine steigende Nachfrage von Kommune- und Brigadeunternehmen nach Werkzeugmaschinen normalen Typs zum Anlaß genommen, wieder mehr von diesen Maschinen herzustellen. Diese Nachfrage der auf dem Lande arbeitenden Industrieunternehmen könne jedoch leicht dadurch entsprochen werden, daß eine übermäßige Anzahl von einfachen Werkzeugmaschinen aus den Großbetrieben durch die staatlichen Handelsbüros zurückgekauft und an die Kommunebetriebe weiterverkauft würde, denn es gebe bei den größeren Staatsbetrieben eine übermäßige Lagerhaltung von einfachen Werkzeugmaschinen (XNA, 19.1.81, zit. nach SWB, 11.2.81).

-ga-

(53) Stärkere Kontrolle des Geldumlaufs und der Kreditvergabe

Zur Frage des Geldumlaufs und der Kreditvergabe faßte der Staatsrat einen Beschluß mit folgenden Hauptpunkten:

1. Das Kreditmanagement muß strikt gehandhabt werden. Einlagen und Auslagen müssen einander entsprechen und es muß effektiv garantiert werden, daß das Recht der Banknotenausgabe in der Zentrale konzentriert wird. Die vom Staat genehmigten Pläne über die Kreditvergabe und die Ausgabe von Banknoten müssen streng eingehalten werden. Niemand darf eine Bank zwingen, Darlehen zu vergeben, von Rückzahlungen zu befreien und genossenschaftliche Geldmittel anderweitig zu verwenden.

2. Genehmigte Gelder für das Umlaufkapital dürfen nicht für neue Investitionen verwendet werden. Bankdarlehen dürfen nicht zur Verlustdeckung eingesetzt werden. Unternehmen, die Verluste machen, dürfen keine Bankdarlehen einsetzen, um Löhne und Prämien zu bezahlen, die Gewinne an den Staat zu überweisen und die Sozialausgaben für die Arbeiter zu bestreiten.

Im folgenden werden weitere Vorschriften für die Vergabe von Krediten durch die Banken aufgestellt. Wenn Betriebe geschlossen werden sollen, dürfen die Banken keine Kredite mehr an sie vergeben. Die 1980 festgelegten Kredite für Ausrüstungen sollen erneut einer Prüfung unterzogen werden, auch wenn der Betrieb weiterarbeiten darf. Neben einer strengen Kontrolle der richtigen Verwendung der Kreditmittel sollen die Banken auch darauf achten, daß die Betriebe übermäßige Lagerhaltung abbauen und im Falle, daß dies nicht geschieht, höhere Zinssätze anwenden. Alle Kreditoperationen sollen nur durch die Banken durchgeführt werden, und es ist den örtliche Ebenen und Einheiten verboten, eigene Bank- und Finanzierungsorganisationen zu gründen. Alle spezialisierten Banken müssen durch die Chinesische Volksbank kontrolliert werden, örtliche Filialen dieser Spezialbanken müssen ihre Kreditoperationen monatlich mit der örtlichen Niederlassung der Volksbank klären.

Die Banken sollen sich bemühen, die Geldzirkulation einzuschränken. Sie sollen dabei helfen, daß Schwerindustrie und Verteidigungsbetriebe soweit wie möglich Konsumgüter für zivile Nutzung herstellen (XNA, 12.2.81, zit. nach SWB, 16.2.81).

-ga-

(54) Staatsratsbeschluß über strikte finanzielle Kontrolle

In einem Acht-Punkte-Beschluß über den Ausgleich von Einkommen und Ausgaben und über eine strikte finanzielle Disziplin setzt die chinesische Regierung den Betrieben und lokalen Verwaltungseinheiten Grenzen ihrer Eigenständigkeit. Im einzelnen sieht die Bestimmung neben allgemeinen Appellen zur Sparsamkeit und Produktionssteigerung folgendes vor:

Das staatliche Besteuerungssystem soll streng beachtet werden, willkürliche Veränderungen bei der Art der zu zahlenden Steuern, der Steuersätze und willkürliche Steuerreduzierungen sind streng verboten. "Ab jetzt sind alle Steuerbestimmungen, die von den Abteilungen selbst herausgegeben worden sind, null und nichtig. Einige wenige Unternehmen und einzelne Städte, die ausgesucht worden sind, 'Steuern anstelle von Gewinnabführungen an den Staat zu zahlen, ein unabhängiges System der Rechnungsführung anzuwenden und die Verantwortung für ihre eigenen Gewinne und Verluste zu übernehmen', dürfen ihre Erfahrungen zusammenfassen und fortfahren, diese Methode anzuwenden. Falls es notwendig wird, weitere Einheiten zur Anwendung dieser Methode auszusuchen, muß dieses dem Finanzministerium gemeldet werden, dieses muß seine Zustimmung erteilen." Alle Steuern müssen in voller Höhe und rechtzeitig an den Staat gezahlt werden.

"Die Betriebsgewinne müssen rechtzeitig und ganz an den Staat abgeführt werden. Besonderes Gewicht sollte hier auf diejenigen Betriebe gelegt werden, in denen die Methode angewendet wird, daß sie einen Teil der Gewinne behalten dürfen. 'Wir sollen die Zahl der Unternehmen, in denen ein solches System auf Versuchsbasis angewendet wird, nicht weiter ausdehnen.' Beim Austeilen von Prämien sollten die Betriebe in Übereinstimmung mit anderen Betrieben handeln. Abschreibungen und Gewinne müssen genauestens an den Staatsschatz abgeführt werden. Ohne Genehmigung dürfen keine Gewinne und Abschreibungen einbehalten werden.

Alle Mittel für den Investbau müssen im einheitlichen Staatsplan für den Investbau enthalten sein und unter den Bestimmungen der Aufbaubank zugeteilt werden... Alle großen und mittelgroßen Investitionsprojekte müssen abschließend dem Staatsrat zur Genehmigung gemeldet werden... Die Aufbaubank hat das Recht, jedes schon genehmigte im Bau befindliche Projekt zu stoppen, wenn sie herausfindet, daß seine Ausführung ohne Genehmigung geändert worden ist."

Übermäßige Lagerhaltung muß abgebaut werden, Umlaufmittel müssen gespart werden. Mit Ausnahme von betrieblichen Neugründungen erhalten Unternehmen keine zusätzlichen Umlaufmittel mehr. Die Handelsabteilungen kaufen in Zukunft keine Güter mehr auf, für die es keine Absatzchancen gibt. Finanzorgane und Banken teilen diesen Betrieben keine Geldmittel oder Darlehen mehr zu.

Die Verwaltungskosten müssen streng beschnitten werden. "Die genehmigte Größe der verschiedenen Abteilungen in der Zentrale und in verschiedenen Provinzen und Gebieten und Autonomen Regionen muß dem Staatsrat zur Genehmigung gemeldet werden. Kein zusätzliches Personal darf angestellt werden, und die genehmigte Größe jeder Abteilung darf ohne Genehmi-

gung nicht ausgeweitet werden... Die Verwaltungskosten in jedem Betrieb müssen auch unter strikter Kontrolle gebracht werden. Mit Ausnahme der Löhne ist es notwendig, daß solche Kosten auf der Grundlage der tatsächlichen Ausgaben des Jahres 1980 um 20% reduziert werden." Die Anzahl der Inspektionsreisen, Besuche und Ausstellungen muß strengstens kontrolliert werden. Es ist streng verboten, für Bankette, Geschenke oder Besichtigungstouren öffentliche Gelder aufzuwenden.

"Die verschiedenen Verbotsbestimmungen, die von der Zentrale und dem Staatsrat in der Vergangenheit herausgegeben worden sind, um die Disziplin auf den Gebieten der Finanzen und der Wirtschaft zu verstärken, sind noch gültig und sollten weiterhin kontinuierlich angewendet werden. Wir sollten nie irgendjemandem erlauben, sich in Abteilungsegoismus zu engagieren oder seine eigenen Interessen zu betreiben und somit die staatliche Disziplin auf den Gebieten von Finanzen und Wirtschaft zu unterminieren." (XNA, chin., 3.2.81, zit. nach SWB, 7.2.81)

Auf einer landesweiten Steuer-Arbeitskonferenz in Beijing vom 15. bis 17. Januar, die vom Finanzministerium abgehalten wurde, ergaben sich weitere Bestimmungen über die Durchsetzung der staatlichen Steuerpolitik. Um mit sog. schweren Fällen von Steuerflucht fertig zu werden, wurden Beschlüsse über eine strengere Finanz- und Steuerkontrolle gefaßt. U.a. wurde beschlossen, daß mit sofortiger Gültigkeit alle steuerlichen Bestimmungen, die von den verschiedensten Abteilungen für untergeordnete Ebenen erlassen worden sind, ungültig sind. Zudem werden die staatlichen Steuerstellen darauf hingewiesen, daß sie, falls z.B. bestimmte steuerfreie Perioden abgelaufen oder andere Voraussetzungen für eine zeitweise Steuerbefreiung entfallen sind, diese Steuern wieder in voller Höhe erhoben werden müssen.

Allen Betrieben, die nach Beschluß des Staates geschlossen oder mit anderen Betrieben zusammengelegt werden sollen, darf keine Steuervergünstigung eingeräumt werden (XNA, 30.1.81, zit. nach SWB, 7.2.81).

-ga-

(55) Einnahmen- und Ausgabenkürzungen für den Staatshaushalt 1981, Investitionskürzungen um 45%

Einschneidende Haushaltskürzungen hat Yao Yilin, Leiter der Staatlichen Planungskommission und stellvertretender Ministerpräsident, für das Jahr 1981 angekündigt. Die geplanten Einnahmen werden von 107,4 Mrd. auf 97,6 Mrd. Yuan zurückgestuft, die staatlichen Ausgaben sollen 1981 von 112,4 Mrd. auf 97,6 Mrd. Yuan reduziert werden. Diese Angaben machte Yao auf der 17. Tagung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses.

1981 sollen die zentral bereitgestellten Mittel für Investitionszwecke von den geplanten 55 Mrd. Yuan auf 30 Mrd. Yuan, also um rund 45%, reduziert werden. Die Kriterien für die Schließung von Investitionsprojekten bzw. für die Förderung weiterlaufender Projekte ändern sich nicht: Es geht weiterhin um die zu knappe Energieversorgung, die ungenügende Versorgung mit Rohmaterialien und Vorprodukten und eine marktgerechte Produktion. Unternehmen, die diese Kriterien nicht erfüllen, sollen entweder geschlossen oder mit anderen Unternehmen fusioniert werden.

Die Ausgaben für Landesverteidigung, Subventionen für nicht gewinnorientierte Institutionen und für die Verwaltung sollen reduziert werden. 1981 könne China nach den Aussagen

Yaos mindestens 8% leichtindustriellen Wachstums erzielen. Die geplante Stahlerzeugung wird von 35 auf 33 Mio.t reduziert, und zwar, um Energie, Brennstoff und Transportkapazitäten zu sparen und diese in der Leichtindustrie einsetzen zu können. Die geplante Rohölerzeugung wird von 106 auf 100 Mio.t zurückgestuft, die der Kohle von 359 Mio.t auf 338 Mio.t.

Lohnerhöhungen sind für die Angestellten in wissenschaftlichen Erziehungs- und Gesundheitsinstitutionen und Regierungsabteilungen geplant - also alles Bereiche der chinesischen Wirtschaft, in denen keine Prämien ausgeteilt werden. Ober Lohnerhöhungen für die Armee wurde nichts erwähnt. Um das weiterhin fortexistierende Defizit für den Haushalt 1981 zu schließen, sollen Staatsschatzanleihen im Werte von 4-5 Mrd. Yuan aufgelegt werden. Diese Anleihen werden staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben und Verwaltungsebenen zugeteilt. Sie können von Regierungsstellen, Organisationen, Armee-Einheiten, wohlhabenden ländlichen Kommunen und Brigaden wie auch von Privatleuten auf eigene Rechnung gekauft werden. Die Stückelung wird nach Angaben des Asian Wall Street Journal vom 12. Februar 1981 von 10 Yuan bis zu 1 Mio. Yuan reichen. Die Anleihen sollen 4% tragen.

Weiterhin weist der Zentralhaushalt allerdings ein Defizit von 8 Mrd. Yuan für 1981 auf. Diese Lücke werde durch Anleihen bei den Budgets der Provinzen und anderer lokaler Ebenen geschlossen, denn insgesamt habe China bei einer Konsolidierung aller staatlichen Haushalte eine ausgeglichene Einnahmen- und Ausgabensituation.

Zur Landwirtschaft äußerte sich Yao Yilin zuversichtlich. Die verschiedenen Formen der Verantwortlichkeitssysteme für die agrarische Produktion sollten weiterentwickelt und stabilisiert werden.

Neben diesen Angaben über die Konsolidierung der chinesischen Wirtschaft und des Staatshaushaltes verhandelte Yao Yilin ebenfalls über die Erfüllung des Staatsplans für das Jahr 1980 (XNA, 28.2.81; siehe auch RMRB, 1.3.81, S.2).

-ga-

(56) Forum über betriebliches Finanzwesen

Auf einem in Beijing abgehaltenen Forum über das betriebliche Finanzwesen, an dem auch Wirtschaftsminister Yao Yilin teilnahm, wurde auf die Rolle der von Betrieben an den Staat abgeführten Gewinne hingewiesen. Man erwartet, daß 1981 6% mehr Gewinne als 1980 an den Staat abgeführt werden. Einer der zentralen Diskussionspunkte war, daß die Betriebe nicht alle Gewinne an den Staat abgeführt hätten: "Während der letzten zwei Jahre haben die Unternehmen ihre Einnahmen in großem Stil erhöht, haben aber nur geringe Teile ihrer Gewinne an den Staat abgeführt. Viele Gebiete und Unternehmen haben die staatlichen Bestimmungen verletzt. Ohne Berechtigung haben sie den Prozentsatz des Gewinns, den sie selbst behalten, erhöht, haben ihre eigenen Investitionen reduziert, haben die Gewinne, die sie an den Staat abgeführt haben, verringert, und haben viel von dem Gewinn für ihre eigene Verfügung zurückbehalten." Dann nennt der Bericht allerdings nur die Zahl von 500 Mio. Yuan an Gewinnen, die zusätzlich an den Staatshaushalt hätten abgeführt werden müssen.

Im letzten Jahr hat der Staat 20 Mrd. Yuan für Preissubventionen ausgegeben. Wenn man die Subventionen, die der Staat an Verlustbetriebe gezahlt hat, hinzurechnet, wird diese Zahl jedoch noch größer. Der größte Teil dieser Subventionen war aber gerechtfertigt und entsprach der staatlichen Wirt-

schaftspolitik. In Zukunft will man aber dennoch untersuchen, ob es Mißbräuche gibt. Z.B. schlug die Konferenz vor, daß Subventionen an Betriebe, die inzwischen in die Gewinnzone gekommen seien, gestoppt werden. Abschließend wurde benannt, daß es auf Unternehmensebene zwei große Probleme gebe. Das erste bestünde darin, daß die Verwaltungsausgaben der Betriebe zu hoch liegen. Die staatlichen Industriebetriebe geben jährlich 5-6 Mrd. Yuan an Verwaltungsaufwendungen aus. Zweitens sind die Zahlungen für Anreize und für Subventionen zu hoch. Beide Ausgabenarten sollen um 20% reduziert werden.

-ga-

(57) Entlassung und Bestrafung von Arbeitern sollen nur unter bestimmten Bedingungen zulässig sein

Mit dem Mittel des Abdrucks eines Leserbriefes drückt die "Arbeiter-Tageszeitung" die Sorge eines Teils der chinesischen Arbeiterschaft aus, daß die chinesischen Unternehmen das Recht erhalten könnten, Arbeiter zu entlassen oder in anderer Form zu bestrafen. In Beantwortung dieser Sorgen wird ein Artikel des stellvertretenden Direktors der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, Yu Guangyuan, abgedruckt.

Dieser bemerkt einleitend, daß die hierin ausgedrückten Sorgen die Furcht vieler Arbeiter widerspiegeln. In der Vergangenheit sei es so gewesen, daß jemand, "sobald er ein durch den Staat angestellter Arbeiter geworden war, er eine eiserne Reisschüssel für den Rest seines Lebens gehabt hatte... Unternehmen hatten nicht einmal die Macht, sogar solche Arbeiter zu entlassen, die gewohnheitsmäßig die Arbeitsdisziplin verletzten und den normalen Produktionsablauf beeinträchtigten". Unter diesen Bedingungen sei es schwierig, bei der Frage der Entlassung von Arbeitern Fortschritte zu erzielen. "Besonders in unserem Land, wo die Leute noch nicht an Entlassungen gewöhnt sind und sie nicht verstehen, ist es für Arbeiter nach ihrer Entlassung schwierig, eine neue Arbeitsstelle zu finden."

Im Prinzip sollte den Unternehmen das Recht zugestanden werden, Arbeiter zu bestrafen und zu entlassen. Dies jedoch nur unter folgenden zwei Voraussetzungen: Erstens müßte es eine starke Gewerkschaftsorganisation geben, die in der Lage sei, die legitimen Interessen der Arbeiter und Massen zu schützen. In Fällen ungerechter Bestrafung und Entlassung müßte die Gewerkschaft auf seiten der Arbeiter stehen und für die Arbeiter sprechen. Die Gewerkschaft müßte die Befugnis haben, gegen Entscheidungen der Unternehmensleitung, die die Entlassung von Arbeitern betreffen, ihr Veto einzulegen. Nur auf diese Weise könnten Fehler verhindert oder zumindest reduziert werden. Natürlich müßten die Gewerkschaften sich auch gegen die Unterminierung der Arbeitsdisziplin wenden. Sie müßten eine ideologische Arbeit leisten, so daß diejenigen Arbeiter, die bestraft oder entlassen werden, wirklich von der Richtigkeit dieser Entscheidung überzeugt sind.

Die zweite Bedingung ist ein gesundes System von Arbeiterräten. Durch diese Arbeiterräte können die Arbeiter an der Leitung des Unternehmens und der Beaufsichtigung der Angestellten teilhaben. "Als Machtorgan haben die Arbeiterräte die Befugnis, alle wichtigen Betriebsfragen zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen, einschließlich der Bestrafung und der Entlassung von Arbeitern in ihren respektiven Einheiten, die Gesetze und Disziplin verletzt oder sich als inkompetent erwiesen haben. Verwaltungsabteilungen und Führungspersonal sind nur die ausführenden Organe der Beschlüsse der Arbeiterräte."

Zusätzlich muß es noch für bestrafte und entlassene Arbeiter das Recht geben, Berufung einzulegen. Hierfür muß es ebenfalls besondere Behörden geben. Dann bedarf es auch staatlicher Hilfe, um entlassenen Arbeitern durch soziale Hilfsprogramme und durch Arbeitsbehörden zu helfen. "Der Staat und die Gesellschaft müssen sich um ihn (den entlassenen Arbeiter) kümmern und ihm helfen, aus dieser Situation herauszukommen." (Gongren Ribao, 10.1.81, zit. nach SWB, 28.1.81)

Yu Guangyuan fordert in seinem Artikel ausdrücklich "starke" Gewerkschaften und ein "gesundes System" der Arbeiterkongresse. Das heißt, er gibt sich nicht mit den z.Z. formal in jedem Betrieb bestehenden Gewerkschaftsorganisationen und den in rund 30.000 Betrieben eingerichteten Arbeiterkongressen zufrieden. Da es dieses wirkungsvolle System der Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft genauso wenig wie die staatlichen Sozial- und Arbeitsmarktprobleme gibt, wird es also auch gegenwärtig keine erweiterten betrieblichen Rechte zur Entlassung von Arbeitern geben. Doch Chinas Industrie muß sich, um eine höhere Arbeitsproduktivität zu erreichen und um die Stilllegung unrentabler Projekte und damit die Entlassung einer größeren Anzahl von Arbeitern zu verkraften, von dem System der verbeamteten Arbeiterschaft trennen. Zur Vermeidung von weiterer Unruhe unter der chinesischen Arbeiterschaft will man dabei aber, wenn man der Argumentationslinie dieses Artikels folgt, nur unter Berücksichtigung des Interesses der Betroffenen vorgehen.

-ga-

(58) Chinas erster Starkstromatomreaktor in Betrieb

In der Hauptstadt der Provinz Sichuan, Chengdu, ist Chinas erster Starkstromatomreaktor zu Versuchszwecken in Betrieb genommen worden. Der Reaktor wurde von dem Südwestchinesischen Reaktorbauforschungs- und Entwurfsinstitut unter dem 2. Maschinenbauministerium entworfen. Er hat eine Kapazität von 125 MW und kann für verschiedene Zwecke verwendet werden, so z.B., um die Wirkung der Neutronen auf Materialien und Ingenieurvorhaben zu testen und radioaktive Isotope herzustellen.

"Der Reaktor kann für verschiedene Zwecke benutzt werden, vom Test der Wirkungen von Neutronen auf Stoffe und Maschinenbauprojekte bis zur Produktion radioaktiver Isotope. Vorsichtsmaßnahmen wurden getroffen, um die Mitarbeiter, die örtlichen Bewohner und die Umwelt zu schützen. Wissenschaftler und Ingenieure, die an Forschung, Entwurf und Bau des Reaktors beteiligt waren, wurden zum größten Teil in China nach der Befreiung ausgebildet... Der Reaktor und seine Zubehörteile bestehen aus mehr als 50.000 Teilen, die alle in China hergestellt wurden" (XNA, 9.2.81, MD, 12.2.81).

-ga-

(59) Weniger Geldmittel für Investitionen im Energiebereich

1981 werden für den Aufbau der Stromversorgungsindustrie weniger Geldmittel als 1980 zur Verfügung stehen. Da jedoch die Gesamtsumme der staatlichen Investitionsmittel zurückgeht, wird der Anteil der Investitionen für Energiezwecke von 6,9% 1980 auf 9,1% 1981 ansteigen.

Da in der Vergangenheit der Bau von Stromleitungen hinter dem Bau von Kraftwerken zurückgeblieben ist und deshalb neuerrichtete Kraftwerke oft keinen Strom an ihre Verbraucher liefern konnten, sollen 1981 28% der Gesamtinvestitionen für die Energieindustrie für den Bau von Übertragungs- und

Transformationsprojekten aufgewendet werden (XNA, 19.1.81, zit. nach SWB, 4.2.81).

-ga-

(60) 1980: 78 Mio.qm neuer Wohnfläche

1980 wurden in China 78 Mio.qm an Wohnfläche neu gebaut. Dadurch konnten nach Angaben des Statistischen Büros 1,5 Millionen Familien neue Wohnungen beziehen. Mit dieser Zahl erreichte der Hausbau 1980 eine Zunahme von 25% gegenüber 1979. Zusätzlich zu dem staatlich finanzierten Wohnbau kommen noch durch örtliche, betriebliche oder private Mittel finanzierte Wohnungen.

1980 machte der Wohnungsbau 20% der gesamten staatlichen Investitionsmittel aus. 1978 hatte er nur 7,8% und 1979 14,8% betragen. Im Zeitraum von 1966 bis 1976 machte der Hausbau nur 5,2% der Gesamtinvestitionen des Staates aus (XNA, 23.1.81, zit. nach SWB, 4.2.81).

-ga-

(61) Hohe Spareinlagen

Die Spareinlagen der chinesischen Bevölkerung sind 1980 um insgesamt 11,79 Mrd.Yuan gegenüber 1979 angestiegen. Die Einlagen der städtischen Bevölkerung stiegen um 7,57 Mrd.Yuan auf insgesamt 27,8 Mrd.Yuan, das sind 38% mehr als 1979. Die Spareinlagen der Bauern gingen um 4,2 Mrd.Yuan auf die Gesamtsumme von 12,06 Mrd.Yuan hinauf, ein 53%iges Wachstum. Länger laufende Kündigungsfristen wurden für 80% der städtischen und für 66% der ländlichen Spareinlagen vereinbart. Der Anstieg der Sparguthaben in den Städten kommt 8,86% der gesamten Lohnsumme in den Städten 1979 gleich.

Ein Grund für die wachsenden Spareinlagen der chinesischen Bevölkerung sind die verbesserten Einkommensverhältnisse. 40% der städtischen Arbeiter erhielten 1979 eine Lohnerhöhung; hinzu kamen Prämienzahlungen. Beide zusammen betragen rund 10 Mrd.Yuan. 5 Mrd.Yuan wurden für Teuerungszuschläge bezahlt. Auf dem Lande wirken sich vor allem die 1979 vorgenommenen Preiserhöhungen auf die Einkommen der Bauern aus. 1979 hätten die Bauern allein dadurch 8 Mrd.Yuan mehr eingenommen, 1980 noch wesentlich mehr.

Darüber hinaus ist das Bankennetz erweitert worden. Die Volksbank hat in den Städten 1.850 neue Niederlassungen gegründet, so daß die Gesamtzahl auf 8.600 anstieg. Dadurch hatte die Volksbank Ende 1980 120 Millionen Kontoinhaber. Auf dem Lande gibt es 59.000 Kreditgenossenschaften, das sind die untersten Ebenen der Landwirtschaftsbank. Alle Angaben wurden von der Chinesischen Volksbank und der Chinesischen Landwirtschaftsbank veröffentlicht.

Bei der Beantwortung der Frage, ob denn diese große Zunahme der Spareinlagen auf einen Kaufkraftüberhang hindeute, entzieht sich die Berichterstattung einer eigenen Antwort. Man zitiert lediglich einen Offiziellen aus dem Handelsministerium, der dies erwartungsgemäß verneint. Im Anschluß daran wird auf den großen Anstieg der Einzelhandelsumsätze 1980 hingewiesen. Dieser habe im gesamten Jahr 200 Mrd.Yuan betragen - 30 Mrd. oder 18% mehr als 1979. Nicht gesagt wird, welchen Anteil die Konsumgüter an den Einzelhandelsumsätzen einnehmen (XNA, 30.1.81).

-ga-

(62) Differenzierte Steueränderungen für ländliche Kollektivindustrie

Der chinesische Staatsrat hat neue Bestimmungen über die Industrie- und Handelssteuern für Betriebe erlassen, die von ländlichen Kommunen und deren Untergliederungen betrieben werden. Die Bestimmungen sollen ab 1. April 1981 gültig werden. Die Bestimmungen sehen im einzelnen vor:

Auf Antrag bei den zuständigen Behörden der Provinz, des Kreises oder des Autonomen Gebietes können dann Aufwendungen für bestimmte Produkte und Dienstleistungen steuerlich abgesetzt werden, wenn die betreffenden Kommune-, Brigade- oder Produktionsgruppenbetriebe Gebrauchsgegenstände für ihre Mitglieder herstellen, Kunstdünger und Pestizide für die Landwirtschaft produzieren, Landmaschinen und deren Zubehöerteile reparieren, Sojabohnenfabriken, Öl- und Mehlmühlen betreiben, Sojasoße herstellen, Getreide und Baumwolle verarbeiten oder Friseurgeschäfte und Schneidereien betreiben.

In Grenzregionen und Autonomen Gebieten wird die Steuer weiterhin bis 1983 (ab 1979) ausgesetzt. In nationalen Notstandsgebieten kann die Industrie- und Handelssteuer für Industriebetriebe für eine bestimmte Zeit ausgesetzt werden.

Die gegenwärtige Bestimmung, die neugegründeten Kommune- und Brigadebetrieben eine 2-3jährige Steuerbefreiung gewährt, wird abgeschafft, um zu verhindern, daß diese Betriebe mit großen Industriebetrieben um Rohstoffe konkurrieren und um eine willkürliche Gründung von diesen Industriebetrieben zu verhindern.

Kommune- und Brigadebetriebe, die Hochsteuererzeugnisse wie Zigaretten, alkoholische Getränke, Baumwollstoff und Armbanduhren herstellen, dürfen nicht von ihren Steuerverpflichtungen befreit werden. Betriebe, die andere Hochsteuererzeugnisse und Zucker herstellen, können auf Antrag für ein Jahr von ihren Steuern befreit werden. Um EBgetreide einzusparen und die Qualität der alkoholischen Getränke zu erhöhen, dürfen ländliche Betriebe aus dem Reservefuttergetreide alkoholische Getränke herstellen, die von den Handelsabteilungen aufgekauft werden. Hierfür wird erneut ein Steuersatz von 40% angewendet. In Bedarfsfällen kann dieser um 10-20% reduziert werden. Falls Betriebe alkoholische Getränke in Abweichung von diesen Bestimmungen herstellen, beträgt der Steuersatz 60%.

Bei Agrar-Industrie-Handelskombinaten werden die Staatsfarmen bzw. die kollektiveigenen Mitglieder jeweils nach den entsprechend unterschiedlichen Bestimmungen besteuert. Teilnehmende Handels-Genossenschaften werden mit 39% Industrie- und Handelssteuer belegt.

Jugendliche mit Schulbildung, die sich auf dem Lande niederlassen und die Zigaretten, alkoholische Getränke, Zucker, Baumwollstoff, Armbanduhren und andere hochbesteuerte Waren herstellen, ebenfalls solche, die Tabak und Tee erzeugen, werden entsprechend den Bestimmungen besteuert. Andere Erzeugnisse, die von ihnen hergestellt werden, und Betriebe, die diese Erzeugnisse herstellen, erhalten eine Steuerbefreiung bis Ende 1985. Ab 1. Januar 1986 werden sie entsprechend den Normalsätzen besteuert (XNA, 14.2.81).

Auch wenn die jetzt gültigen effektiven Steuersätze und die Höhe der Steuerbefreiungen in der entsprechenden Bestimmung des Staatsrates nicht genannt wurden, läßt sich dennoch die Zielrichtung dieser recht differenzierten Steuermaßnahmen erkennen: Erstens geht es um eine Förderung der direkt auf die Landwirtschaft bezogenen Aktivitäten der ländlichen In-

dustriebetriebe. Zweitens will man willkürliche Neugründungen dieser Betriebe und deren Konkurrenz bei Rohmaterialien gegenüber den städtischen Großbetrieben einschränken. Drittens wird die Erlaubnis zur Herstellung von - für chinesische Verhältnisse - Luxuserzeugnissen wie z.B. Alkohol in größerem Umfang gestattet, aber auch kräftig besteuert, um mehr Einnahmen für den Staatshaushalt zu erzielen. Viertens: Die Führung von Industriebetrieben auf dem Lande durch in vielen Fällen arbeitslose Jugendliche wird bei bestimmten Güterarten steuerlich gefördert. Für alle diese Bestimmungen gilt, daß es ein Versuch ist, erwünschte Ziele mit wirtschaftlichen Mitteln, in diesem Fall nämlich der Besteuerung, zu erzielen und nicht durch administrative Verordnungen. Sowohl von der beabsichtigten Zielsetzung als auch den angewandten Methoden: eine beachtenswerte Neuerung.

-ga-

(63) Wasserbauprojekte von Kürzungen nicht betroffen

Trotz der angelaufenen Einsparungen bei den Investitionen sollen die gegenwärtig in Bau befindlichen 15 großen Wasserbauprojekte Chinas davon nicht betroffen sein. Dies erklärte der stellvertretende Minister für Wasserkonservierung, Li Boning, in einem Interview.

Diese Projekte umfassen z.B. das Gezhouba-Projekt am Jangtze, das die Elektrizitätsgewinnung und eine Verbesserung der Schiffsverkehrsbedingungen auf dem Fluß zum Ziel hat. Es wird mehr als 1 Mio. qkm längs des Flusses umfassen. Das Eindämmungsprojekt des Gelben Flusses beinhaltet eine Erhöhung und Verstärkung der Deichanlagen am Unterlauf des Flusses, um die Überschwemmungsgefahr zu vermindern. Das Tanjiakao-Reservoir, das bei Fertigstellung eine Kapazität von 2,9 Mrd. cbm hat, dient der Flutkontrolle, der Landbewässerung und der Elektrizitätserzeugung, zudem versorgt es die Stadt Tianjin mit Wasser.

Neue Projekte werden nach Auskunft des Ministers in den nächsten Jahren allerdings nicht angefangen werden. Dennoch sollen die Forschungs- und Projektierungsarbeiten fortgesetzt werden. Dies betrifft z.B. das Jangtze-Projekt und die Umleitung von Jangtze-Wasser in den Norden sowie die Eindämmung des Gelben Flusses. Seit 1949, so wurde in dem Interview gesagt, sei die bewässerte Landfläche Chinas von 13 Mio. ha auf 47 Mio. gestiegen (XNA, 20.2.81).

-ga-

(64) Umsatzsteigerung von 37% auf den freien Bauernmärkten

Die Zahl der freien Bauernmärkte stieg 1980 auf 37.000 im ganzen Lande. Nach einer Stichprobenuntersuchung von 206 Bauernmärkten, die das "Allgemeine Verwaltungsbüro für Industrie und Handel" durchführte, betrug der Gesamtumsatz an Agrar- und Nebenerzeugnissen 1980 auf diesen Märkten 574,5 Mio. Yuan. Dies sind 37,4% mehr als 1979.

Insgesamt seien die Preise auf diesen Märkten stabil geblieben, sie seien sogar, bezogen auf den Dezember 1980 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,8% gefallen. Die Preise seien für solch wichtige Nahrungsmittel wie Reis, Weizen, Mais, Speiseöl, Schweinefleisch, Kohl und Ferkel gefallen; nur die Preise für Tabak und Eier seien ein wenig gestiegen (XNA, 8.2.81).

-ga-

(65) Landwirtschaftlicher Schulfunk für Chinas Bauern

Um den Kenntnisstand der chinesischen Bauern zu heben, will die Volksrepublik ab kommenden Sommer einen landwirtschaftlichen Schulfunk von Beijing aus ausstrahlen. Geplant sind Vorlesungen über Chemie, Pflanzenphysiologie, Boden- und Düngemittel, Saatwahl und Zucht. Es wird erwartet, daß über 200.000 Landwirtschaftskader, Bauern, Landarbeiter, Agrotechniker und Mittelschulabsolventen in den ländlichen Gebieten Chinas die Kurse anhören werden. Der Gesamtkurs wird auf zwei Jahre veranschlagt. In jedem Kreis werden sich Tutoren zur Verfügung stellen, um den Hörern bei der Verarbeitung der Lektionen zu helfen.

Der Schulfunk wird gemeinsam von der Chinesischen Vereinigung für Wissenschaft und Technologie, der Staatlichen Landwirtschaftskommission, dem Erziehungsministerium, dem Zentralausschuß des Kommunistischen Jugendverbandes Chinas, der Allchinesischen Frauenvereinigung, der Zentralen Rundfunkverwaltung, des Zentralen Volksrundfunksenders, des Landwirtschaftsministeriums für Staatsgüter und Landgewinnung und der Chinesischen Gesellschaft für Agronomie organisiert (XNA, 10.2.81, zit. nach MD, 12.2.81).

-ga-

(66) Mehr als 2.000 Privatläden 1980 in Beijing zugelassen

Das Amt für Handel der Stadt Beijing hat bekanntgegeben, daß in der chinesischen Hauptstadt 1980 über 2.700 kollektiv und privat geführte Läden, Dienstleistungsbetriebe und Verkaufsstände eröffnet worden sind. Die Zahl der privaten Läden ist von 394 i.J. 1979 auf 2.834 1980 gestiegen. Dazu gehören 591 Schuhreparatläden, 370 Schneidereien, 233 Fahrradreparaturwerkstätten, 226 Reparaturwerkstätten für Küchengeräte und 200 Friseurbetriebe.

Nach diesen Angaben müßten demnach 260 genossenschaftlich geführte Dienstleistungsbetriebe 1980 eine Lizenz erhalten haben. Zusätzlich sind 200 neue staatliche Läden und Dienstleistungszentren eingerichtet worden.

Dies zeigt die Bemühungen der Beijinger Stadtregierung, die von den Bewohnern der Hauptstadt schmerzlich empfundene Lücke bei der Versorgung von Dienstleistungen und Gütern des alltäglichen Bedarfs zu schließen. Zusätzlich fanden in den Kollektiven und Privatbetrieben viele Arbeitslose eine Beschäftigung (XNA, 25.2.81, zit. nach MD, 6.3.81).

Nach chinesischen Angaben fanden in den letzten drei Jahren 26 Millionen Arbeitslose eine neue Stellung, davon 1977/78 über 10 Millionen, 1979 9 Millionen und 1980 rund 7 Millionen. Oft fand die Hälfte der Neubeschäftigten in neugegründeten Kollektivbetrieben eine neue Arbeitsmöglichkeit. An manchen Stellen gingen sogar 70-80% in diese Kollektivbetriebe (Radio Beijing, 25.2.81, zit. nach MD, 3.3.81).

-ga-

(67) Obertriebene Werbung

Obwohl die Werbung insgesamt bei der Verbindung von Produktion und Konsum eine gute Rolle gespielt habe, habe es eine Reihe von Fällen gegeben, in denen die Werbung falsche Informationen vermittelt und somit indirekt die sozialistischen Wirtschaftsprinzipien verletzt habe. Dies ist der Tenor eines Kommentars, der am 31. Januar in der "Volkszeitung" unter dem Titel "Wahrheit ist die Richtung der Werbung" er-

schien. In dem Kommentar werden verschiedene Beispiele zitiert, so z.B. die Anzeige einer Fabrik in der Provinz Jiangsu. Diese hätte ihre Produkte angeboten, bevor überhaupt das Werk fertig gebaut worden sei. Es habe aber auch andere Arten von Übertreibungen gegeben; so seien z.B. die besten Plätze für die Werbung für ausländische Erzeugnisse verwendet worden, Rundfunk- und Fernsehstationen hätten ihre besten Sendezeiten für Werbung verwendet, einige Werbetafeln seien auch zu groß, einige sehen finster und häßlich aus (zit. nach SWB, 7.2.81).

-ga-

TAIWAN

(68) Reist Witwe Chiang Kai-shek aufs chinesische Festland?

Die spektakuläre Chinareise einer bekannten amerikanischen Chinesin, Anna Chennault (Chen Xiangmei), hat in der letzten Zeit eine Kette von Spekulationen ausgelöst. Frau Chennault ist die Witwe des US-Generals Claire Chennault, der eine Gruppe von freiwilligen amerikanischen Piloten mit dem Namen "Fliegende Tiger" zur Unterstützung der chinesischen Regierung unter Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) im Widerstandskrieg gegen Japan geführt hat. Sie bekleidet in der Republikanischen Partei das Amt der Präsidentin des Komitees für nationale Minderheiten und hat enge Beziehungen mit der nationalchinesischen Regierung in Taiwan. Mit dem stellvertretenden republikanischen Fraktionschef im US-Senat, Senator Ted Stevens, zusammen besuchte sie vom 3. bis 5. Januar Beijing und wurde von wichtigen führenden Politikern Chinas wie dem Außenminister Huang Hua, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses Liao Chengzhi und dem stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh Deng Xiaoping empfangen. Die Reise der zwei Republikaner diente in erster Linie dazu, im Auftrag Reagans die Befürchtungen Beijings vor dem Amtswechsel im Weißen Haus am 20. Januar infolge der Äußerungen Reagans im Wahlkampf über die Aufnahme offizieller Beziehungen der USA mit Taiwan und damit eine zwangsläufige Verschlechterung der US-Beziehungen mit Beijing zu beseitigen. In China hat Senator Stevens gegenüber Journalisten geäußert, daß er persönlich einen Dialog zwischen Beijing und Taiwan befürworte. Auch Frau Chennault revidierte ihren feindlichen Standpunkt gegenüber den chinesischen Kommunisten. Nach ihrem Besuch in Beijing am 5. Januar sind die beiden Amerikaner spektakulärerweise gleich über Tokyo nach Taipei geflogen. Die Presse in Taiwan hat dies als einen "Chen Xiangmei-Schock" bezeichnet (LHB, 6.1.81). Kurz vor ihrer Chinareise war Frau Chennault dem Vernehmen nach schon einmal zu Konsultationen mit der nationalchinesischen Regierung nach Taiwan geflogen. In Taipei haben Senator Stevens und Frau Chennault ebenfalls mit den hohen Stellen einschließlich Präsidenten Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), Ministerpräsidenten Sun Yünxuan, Generalstabchef Sung Changzhi und Außenminister Zhu Fusong gesprochen. Präsident Jiang Jingguo empfing am 8. Januar Frau Chennault sogar noch ein zweites Mal allein, um sich bei ihr unter vier Augen noch ausführlicher über die Reise zu informieren. Vor der Öffentlichkeit Taiwans hat sie sich nicht viel über ihre Chinareise äußern wollen. Sowohl sie als auch Senator Stevens haben strikt dementiert, daß sie die Aufgabe eines Vermittlers oder Briefträgers hätten. Allerdings hat Stevens seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß eine Lösung der "China-Frage" (Verhandlungen zwischen Taipei und Beijing) irgendwann einmal kommen werde. Interessanterweise meldete UPI am 6. Januar, der Außenminister Zhu Fusong habe in seinem Gespräch mit Senator Stevens und Frau Chennault

diese davor gewarnt, eine Vermittlungsrolle zu spielen. Eine solche Aktion werde die Regierung in Taipei für unhöflich halten. Am folgenden Tag erklärte jedoch der Sprecher des Außenministeriums, Liu Daren, vor Journalisten, daß der Außenminister mit seinen Gästen aus den USA nur einen allgemeinen Meinungs austausch über internationale Fragen vorgenommen habe. Das Gespräch sei nicht zu "konkreten Fragen" gelangt. Nach der Auslegung des Organs der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang) (ZYRB, 8.1.81) war Lius Erklärung als Dementi der genannten UPI-Meldung gedacht. Gleichzeitig zitierte die Zeitung noch zwei "kompetente Personen", daß Frau Chennault trotz ihrer guten Beziehungen mit Taiwan für eine Vermittlerrolle nicht geeignet sei. Ihr Besuch in Taipei unmittelbar nach ihrer Chinareise diene in erster Linie dazu, die Meinung der Regierung in Taiwan über ihren Besuch in Beijing zu hören und damit ihre Beziehungen zu beiden Seiten auszugleichen.

Am 10. Januar, d.h. drei Tage nach Stevens und Frau Chennaults Abreise, wurde in Taipei eine große antikommunistische Kundgebung veranstaltet, an der laut Zeitungsangabe über 50.000 Menschen teilnahmen. Ähnliche Veranstaltungen hatten in den vergangenen Jahren fast immer am 23. Januar stattgefunden. Am 12. Januar wiederholte Staatspräsident Jiang Jingguo auf einer Militärkonferenz nachdrücklich den alten Standpunkt, daß man keine Verhandlungen, keine Post-, Verkehrs- und Handelsverbindungen mit den chinesischen Kommunisten aufnehmen werde. Eine Allianz mit der Sowjetunion oder Unabhängigkeit Taiwans von China wurden ebenfalls kategorisch abgelehnt. Das Ziel der nationalchinesischen Regierung ist es nach seinen Worten nach wie vor, das kommunistische Regime in China zu stürzen und das chinesische Festland wieder zu erobern (ZYRB, 13.1.18).

Trotz dieser Stellungnahme ist der "Chen-Xiangmei-Schock" noch nicht abgeflaut. Die Beijing nahestehende Hongkonger Zeitschrift "Dongxiang" hat in ihrer Ausgabe vom Januar 1981 eine andere Spekulation ausgelöst, daß Frau Chennault in erster Linie im Auftrag der Witwe Jiang Jieshis (81) nach Beijing gegangen sei. Nach dem Tod ihres Mannes wohnt diese ständig in New York. Sie ist mit Frau Chennault gut befreundet. Außerdem lebt ihre Schwester, Sung Qingling (Witwe Sun Yatsen), in Beijing und hat das Amt einer stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses inne. Nach dem Bericht der genannten Zeitschrift möchte Frau Jiang Jieshi seit langer Zeit wieder einmal das chinesische Festland besuchen. Sie habe Beijing zwei Bedingungen für ihre Rückkehr gestellt: einen feierlichen Empfang für sie und ein Zugeständnis für die Beerdigung Jiang Jieshis auf dem Berg des Friedhofs von Sun Yatsen in Nanjing. Am 12. Februar äußerte der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Liao Chengzhi, in Beijing gegenüber einem japanischen Abgeordneten den Wunsch, daß Frau Jiang Jieshi zurückkehren möge. Das gleiche soll er Frau Chennault gesagt haben (DGB, 14.2.81). Die Presse von Taiwan veröffentlichte am Tag der Ankunft Frau Chennaults in Taipei ein Telegramm von Frau Jiang Jieshi an alle Mitglieder der Nationalversammlung in Taipei, in dem sie die liberale Einstellung auf der Welt scharf verurteilt, die Taiwans radikale antikommunistischen Kurs nicht unterstütze und eine Verständigung mit den chinesischen Kommunisten suche (LHB, 6.1.81). Allerdings hat dies die Spekulationen über Frau Chennaults Mission im Zusammenhang mit ihren Reisen nach Beijing und Taiwan nicht zum Schweigen bringen können. Denn man kann sich fragen, warum dann Frau Jiang Jieshi ihrer Freundin, Frau Chennault, von der Chinareise nicht abgeraten hat. Außerdem ist das Verhältnis von Frau Jiang Jieshi zu ihrem Stiefsohn, Präsidenten Jiang Jingguo, auch nicht das beste. Seit 1975 ist sie nur einmal im Frühjahr 1976 zum ersten Jahrestag des Todes ihres Mannes kurz